

# PERU

## BODENREFORM

### Ein für allemal

Bauer, nie mehr soll dein Herr von deiner Armut leben“, verkündete Túpac Amaru, angeblicher Nachfahre des letzten Inka-Kaisers Manco Cápac II. Mit 40 000 Indios zog er in den Kampf gegen die spanischen Kolonialherren. In der alten Kaiserstadt Cuzco („Der Nabel der Welt“) verhaftete man ihn, auf der Plaza de Armas wurde er gevierteilt. Das war im Jahre 1781.

Noch fast zwei Jahrhunderte lang lebten die fremden Herren von der Armut der Indio-Bauern. Seit zwei Monaten jedoch scheint sich in Peru die Verheißung Túpac Amarus zu erfüllen.

Am „Tag des Indio“, dem 24. Juni, hat die peruanische Militärjunta unter General Juan Velasco Alvarado ein Gesetz zur Landreform erlassen, das (so die „New York Times“) „wahrscheinlich die oligarchische Gesellschaft dieser Nation für immer zerstören wird“. Das Porträt des Bauernkriegers Túpac Amaru schmückt den Einband der Broschüre (Preis: 90 Pfennig), mit der die 196 Artikel des Reformgesetzes unters Volk gebracht werden.

„Ein für allemal“ will General Velasco Alvarado „die ungerechte soziale Ordnung abschaffen, welche die Bauern in Armut und Elend leben läßt“.

In Peru verfügte bislang die kleine Oberschicht der 1200 wichtigsten Großgrundbesitzer (0,1 Prozent aller Landbesitzer in Peru) über 11 653 000 Hektar Land. Das sind 60 Prozent der gesamten Anbaufläche. Der größte Teil davon wurde nur ungenügend oder gar nicht bewirtschaftet.

Hingegen bebauen 668 000 Klein- und Kleinst-Bauern (83 Prozent der peruanischen Landbesitzer) nur 5,8 Prozent der kultivierten Gesamtfläche.

Etwa 24 000 Reiche kassieren 5,5 Milliarden Mark des Nationaleinkom-



Staatschef Velasco Alvarado  
Lob aus Kuba

mens. Der Rest der Bevölkerung (rund zwölf Millionen, davon fünf Millionen reine Indios, etwa sieben Millionen Mestizen) muß sich in die verbleibenden 6,9 Milliarden teilen. Mehr als die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung verfügt über ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von nur rund 20 Mark.

Auf den Haciendas der Granden lebten bis heute Hunderttausende von quasi leibeigenen Indios: Sie bearbeiten das Land des „patrón“ an vier bis fünf Tagen der Woche ohne Lohn, durften dafür aber eine winzige Parzelle des Landes auf eigene Rechnung bebauen. Oft mußten sie die Hälfte ihrer ohnehin spärlichen Ernte an den Grundherrn abführen — beispielsweise als Benutzungsgebühr für Wege und Straßen der Hacienda. Wurde der Besitz verkauft, galten Vieh und Indios vielfach als lebendes Inventar, das auf den neuen Eigentümer überging.

Jetzt sollen auch die Indios Eigentum bekommen. Die Militärs dekretierten: Aller Grundbesitz wird enteignet, sofern er mehr als 150 Hektar bewässerter Fläche an der Küste oder

— je nach Bodenqualität — mehr als 15 bis 55 Hektar im Gebirge und am Urwaldrand umfaßt. Landgüter mit Viehwirtschaft dürfen fortan nicht größer als 1500 Hektar sein.

Das enteignete Land wird an Kleinbauern, Landarbeiter und Pächter (in Peru fast ausschließlich Indios und Mestizen) verteilt. Die Kaufsumme können sie in 20 Jahresraten abzahlen.

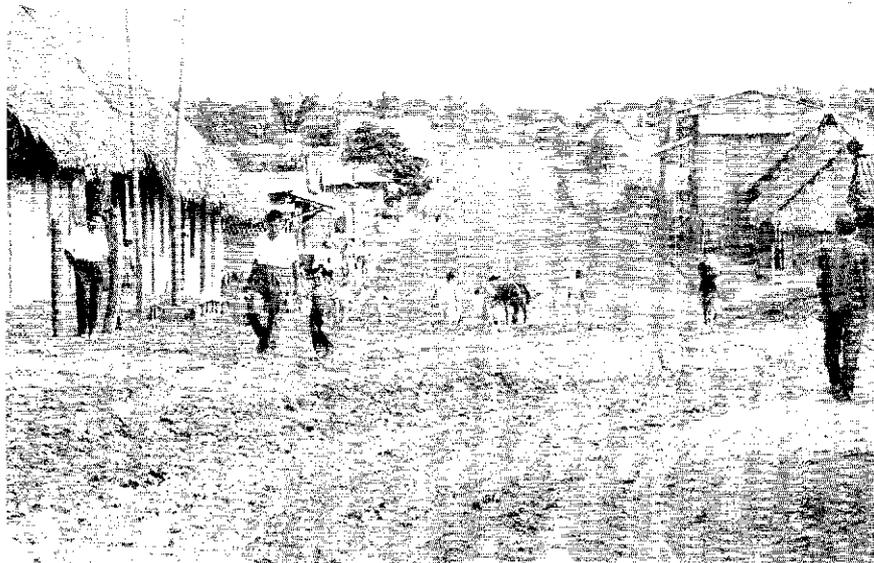
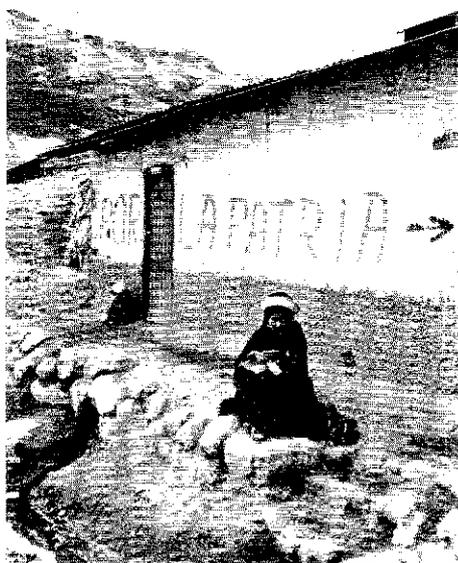
Die enteigneten Land-Lords sollen nach den Angaben in ihrer Steuererklärung und Buchführung entschädigt werden. Sie erhalten freilich nur einen Bruchteil der Summe (bis zu 100 000 Mark) in bar, den Rest in Staatspapieren mit 20 bis 30 Prozent Laufzeit und vier bis sechs Prozent Zinsen. Den vollen Nennwert ihrer Schuldverschreibungen können sie sofort einlösen, wenn sie den Betrag in ein Industrieunternehmen investieren.

Damit die Erträge infolge der Boden-Zerstückelung nicht sinken, sollen die Indio-Bauern ihr Neuland möglichst in Genossenschaften bewirtschaften. Die Regierung sorgt für technische Hilfe, günstige Kredite und Versicherungen, um die neuen Eigentümer gegen Naturereignisse wie Trockenperioden und Frosteinbrüche abzudecken.

„Das Gesetz“, lobte Kubas Fidel Castro die Agrar-Offensive der peruanischen Generale, „ist radikal. Wenn es richtig angewandt wird, kann es revolutionär sein.“ Daß sie ihr Gesetz jedenfalls konsequent anwenden wollen, machten die Militärs sofort klar:

Schon einen Tag nach der Verkündung des Dekrets Nr. 17 716 schickten die radikalen Generale Spezialistenteams mit Militärmaschinen ins Landesinnere: zur Inspektion der Zuckerplantagen, Viehweiden, Baumwölfelder und Kaffeepflanzungen der oberen Zwanzigttausend von Peru. Die Inspektoren sperrten Bankkonten und verlangten Einsicht in die Bücher.

Innerhalb weniger Tage enteigneten die Regierungs-Emissäre neben peruanischem Besitz auch Ländereien



Indiofrau in den Anden, Indiodorf: Verheißung vom Vorfahren

## USA

### NIXON-ANDACHT

#### Kleine Edelsteine

Während der Woche pflegt Steve Martini die Haare seines Herrn — am Sonntag geht er mit ihm beten. Denn der Präsidenten-Friseur gehört zu den Auserwählten, die an den Andachten des Ehepaars Nixon im Weißen Haus teilnehmen dürfen. Amerikas First Lady über die Bet-Runde: „Eine richtige Familien-Angelegenheit.“

Zur frommen Familien-Feier um elf Uhr werden außer dem Friseur noch Telephonistinnen, Schreib-Damen und Chauffeure geladen. Auch politische

Für die Andachten am Amtssitz des Präsidenten sprechen auch Sicherheits-Motive: Seit John F. Kennedys Ermordung glauben Washingtons Geheimdienstler, ein Präsident, der regelmäßig einen öffentlichen Gottesdienst in der Hauptstadt besuche — wie einst Dwight Eisenhower —, sei vor Attentätern nicht zu schützen.

Methodistenbischof John Wesley Lord findet die Betstunden für etwa 200 geladene Gäste „großartig, einfach großartig“. Doch anderen US-Kirchenmännern mißfällt das Privattissimum.

Die Zeitschrift „The Christian Century“ zum Beispiel verurteilte die „Verbindung von Spiritualität und politischer Sentimentalität“. Der Reverend Dudley Ward mahnte, Nixon dürfe sich nicht wie einst europäische Könige in ihren Hofkapellen vom Leben der Nation absondern.

Der bedeutende evangelische US-Theologe Reinhold Niebuhr tadelte sogar, Nixon habe durch eine „seltsame Mischung aus Einfalt und Arglist“ den amerikanischen Grundsatz umgangen, der die Religionsfreiheit verbürgt: Mit halboffiziellen Einladungen, so zürnt der Professor, etabliere der Präsident „eine zahme, angepaßte Religion“.

Niebuhr: „Es ist wunderbar, wie sehr eine einfache Einladung ins Weiße Haus die kritischen Fähigkeiten einschläfern kann.“

Richard Nixon ist Quäker, aber er gehört einer nicht-orthodoxen Richtung innerhalb der „Gesellschaft der Freunde“ an. (Er ist beispielsweise kein Pazifist, sondern diente im Zweiten Weltkrieg als Fregattenkapitän.)

Kritiker Niebuhr bezweifelt, daß der Präsident auch einen Mann wie den 1968 ermordeten Negerführer Pastor Martin Luther King in die „Königs-Kapelle“ geholt hätte. Noch kein einziger farbiger Geistlicher wurde zur White-House-Andacht eingeladen.

Quäker Nixon legt allerdings Wert auf Gäste aller Konfessionen: Bei den bisher zehn Privatstunden im East Room des Weißen Hauses (Nixons Ehefrau Pat: „Kleine Edelsteine“) predigten bereits der New Yorker Kardinal Cooke, der Rabbi Louis Finkelstein und der bei den Nixons besonders beliebte Evangelist Billy Graham.

Auf Richard Nixons Wunsch hatte Hofprediger Graham 1968 an jener Nachtsitzung auf dem republikanischen Parteikonvent in Miami Beach teilgenommen, bei der die „Grand Old



Beter Nixon (r.), Betbrüder\*: Vom gleichen Apfelkuchen

Prominenz betet mit. Denn Richard Nixon möchte, wann immer er sich in Washington aufhält, durch Andacht und anschließenden Kaffeeklatsch Kontakte mit Ministern oder Kongreß-Abgeordneten pflegen. „Die Regierung, die zusammen betet, hält zusammen“ (The administration that prays together stays together), sagt ein Washingtoner Spottvers.

Und in der Tat: Nach einem Gottesdienst im Weißen Haus signalisierte der republikanische Senator Winston Prouty, jahrelang entschiedener Gegner eines Anti-Raketensystems, seinen Sinneswandel. Er werde, so teilte Prouty dem Präsidenten mit, für Nixons ABM-Programm stimmen. Das Votum des Vermont-Senators entschied die Senats-Abstimmung zu Nixons Gunsten.

\* Mit Vizepräsident Agnew und Evangelist Billy Graham.

▷ der deutschstämmigen Familie Gildemeister, deren Gesamtbesitz mit rund 525 000 Hektar zu den größten Latifundien in ganz Lateinamerika zählt;

▷ der US-eigenen W. R. Grace Company, der etwa 20 000 Hektar Boden mit Zuckerplantagen und -fabriken gehören und die allein 17 Prozent des peruanischen Zuckers produziert;

▷ der exilkubanischen Organisation Julián Lobo, deren Zuckerplantagen auf Kuba bereits von Fidel Castro enteignet wurden.

Inzwischen erreichten die Enteignungstrupps fast alle bedeutenden Latifundien des Andenstaates. Das in Jahrhunderten erstarrte Feudalsystem wird aufgelöst.

Zwar hatte schon 1964 der von den Militärs im vergangenen Oktober gestürzte Präsident Fernando Belaúnde Terry ein Agrargesetz erlassen dürfen. Doch war es von der Lobby des Landadels bis zur Wirkungslosigkeit verwässert worden. Nur einige wenige Latifundien im Andenhochland wurden enteignet — gegen riesige Entschädigungssummen.

Ähnlich erfolglos oder unvollständig blieben bisher auch fast alle Reformversuche in anderen Staaten Lateinamerikas. Sie scheiterten in Guatemala und Bolivien beispielsweise, weil die Neusiedler keinerlei Anbauhilfen bekamen. In Venezuela, Chile und Kolumbien wagten die Regierungen nur zögernde Teilreformen.

Lediglich in Mexiko (1915) und auf Kuba (1959) wurde bisher Boden radikal enteignet und erfolgreich neu verteilt.

Verstört sehen peruanische Granden ihre Generale jetzt auf dem gleichen Weg. „Als sie anfangen“, beklagte sich Alberto Sacio León, Präsident der Nationalen Agrargesellschaft, „waren die Militärs linke Nationalisten. Jetzt sind sie nationalistische Linke.“

Die Nationale Agrargesellschaft — deren Mitglieder fast alle Großgrundbesitzer sind — hatte sich vergebens bemüht, das Reformwerk zu torpedieren. Der Herren-Klub, so behauptet die Regierung sogar, habe im Juni Bauernaufstände in Huanta gegen die Reform angezettelt — durch Verbreitung des Gerüchts, auch den Kleinbauern drohe Enteignung.

Jetzt behandeln die Grundherren ihre sozialen Generale vorsichtiger: „Wir können nichts machen“, so Sacio León, „wir müssen sie unterstützen, sonst radikalieren sie sich noch mehr.“

Perus Generale aber zeigen, daß sie ihre Reform — „eine der drastischsten und potentiell wirksamsten...“ die je in Lateinamerika verkündet wurden“ („Time“) — rücksichtslos zu Ende führen wollen: Widerstand gegen die Bodenreform wird künftig von Militärgerichten geahndet.